



# VAdM – Kurier

15. Ausgabe: Oktober 2020

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e.V.

Herzlich  
willkommen zur  
15. Ausgabe  
unseres  
„VAdM-Kuriers“  
im  
Oktober 2020

## Inhalt:

Editorial	Seite	1
Gastkommentar Thomas W. Wyrwoll	Seite	2
Denkmalsturz und Ende der Geschichte	Seite	3
Ein Deutscher in Rumänien	Seite	4
Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern	Seite	5
Leseprobe: Norbert von Handel	Seite	5
Leseprobe: Thomas Hoof	Seite	6
Leseprobe: Artur Abramovych	Seite	7
Erinnerung an Adam Müller-Guttenbrunn (Teil 5)	Seite	8
Die Wolgadeutschen 1920 (Teil 6)	Seite	8
Ökumenischer Gedenkgottesdienst: Augustinerkirche Wien, 31. Oktober 2020	Seite	9
Verschiedenes/Hoh(I)spiegel/Impressum	Seite	10

## editorial

„Alarmstufe rot“ heißt es erneut in der Eindämmung der Covid-19-Pandemie: Wie in vielen Bereichen ist es neulich den Brüsseler Bürokraten offensichtlich ein Herzensanliegen, alle auftretenden Probleme auf eine dreistufige Ampel zu reduzieren. Wenn es ihnen und ihren Followern in den Mitgliedsstaaten nicht paßt, wird einfach unreflektiert auf Rot geschaltet. Die im März/April panikartig verhängte Ausgangssperre hat gezeigt, daß bis heute – trotz, oder gerade wegen der Hilfskrücke Kurzarbeitergeld – die deutsche Wirtschaft nicht richtig in Fahrt kommt. Da helfen auch die Lippenbekenntnisse der so genannten etablierten Parteiführer, einen zweiten „Lockdown“ wird es nicht wieder geben, nichts. Die bürokratische Gängelung aus Brüssel und Berlin ist Gift für die Realwirtschaft, insbesondere den von Abgaben sowie schon gebeutelten Mittelstand: Die ephemeren Kursgewinne an den Börsen können nur noch die Kleingeister der Privatsender (ntv & Co.) erfreuen: Der nächste Börsencrash ist vorprogrammiert, denn die mit der Gießkanne ausgeschütteten „Hilfsgelder“ fließen vorwiegend in die Spekulation: Hier müßte Brüssel die Ampel auf *dunkelrot* stellen, denn es geht um Europa, nicht um die EU!

Vadim Derksen

Herbert Karl

Transformation zur „Fußgänger- und Fahrradstadt“?

**Nicht mit mir.**

**Stuttgart ist und bleibt Autostadt!**

**DR. MALTE KAUFMANN**  
Unser OB für Stuttgart

**Alternative für Deutschland**



### Verkannte Pfunde: Vertreibung und verbliebene deutsche Minderheiten bilden ungenutztes politisches Potential für die AfD

*Gastkommentar von Thomas W. Wyrwall*

Nirgendwo auf der Welt versuchen Regierungen ihren Bürgern die eigenen Außengrenzen so intensiv schmackhaft zu machen wie in Deutschland: Die aktuellen Demarkationslinien sind den politisch beworbenen Narrativen zufolge „historisch bewährt“, moralisch nicht zu hinterfragen und „in Europa“ eigentlich nur Orte harmonischer Völkerbegegnungen. Wo sie vielleicht doch einmal schmerzen, habe man sich dies letztlich – als „Hitlers letzte Opfer“ – selbst zuzuschreiben.

Im Rest der Welt verfiere man kaum auf einen solchen historisch wie gegenwartsbezogenen realitätsblinden Nationalmasochismus. Dies zeigte jüngst wieder eine vor allem in NATO-Mitgliedsstaaten erhobene Meinungsumfrage der US-Denkfabrik Pew zu den heute noch aus der Bevölkerung heraus vertretenen Gebietsansprüchen gegenüber Nachbarländern. In Ungarn etwa, das nach den deutschen Staaten in der Folge des Ersten Weltkriegs durch die Willkür der Siegermächte die ethnisch einschneidendsten territorialen Einbußen erlitten hat – der aufoktroyierte „Frieden von Trianon“ bedeutete einen Verlust von rund zwei Dritteln des früheren ungarischen Staatsgebietes, 1,5 Millionen ethnische Ungarn leben noch heute in den abgetrennten Landesteilen –, ist das besagte Diktat auch nach 100 Jahren längst nicht vergessen. 67 % und damit gut zwei Drittel der Ungarn sind der Meinung, dass ihrem Land rechtmäßig weitere Gebiete zustehen – 40% vertreten dies sogar "entschieden". Unter den Nato-Mitgliedern sehen das 60% der Griechen, 58% der Bulgaren und Türken sowie knapp die Hälfte der Polen und Slowaken genauso.

Am anderen Ende der Skala befindet sich bezeichnenderweise das am brutalsten und in allen Himmelsrichtungen um historische eigene Volksgebiete beschnittene Deutschland mit gerade einmal 30% der Bevölkerung, die ihren heutigen offenkundigen Unrechtsgrenzen eine moralische Legitimität absprechen. Eine höhere Zufriedenheit mit dem Status quo zeigten gerade noch die sich im Ergebnis für die Niederlande wiederfindenden Holländer, die vor allem ihre östliche Staatsgrenzen seit langem tief in die freilich auch heute noch unverkennbaren friesischen, sächsischen und rheinischen Stammesterritorien hinein vorverlagert haben und nach Süden hin uneingeschränkt ins sprachverwandte Belgisch-Flandern hineinregieren, sowie die angelsächsischen Staaten, deren Grenzen sich ohnehin sämtlich weit außerhalb ihrer ursprünglichen Volksgebiete befinden. Die Deutschen stellen somit eine weltweit einmalige mentale Ausnahme dar.

Naturgemäß geht ein kulturelles Interesse an fremdbeherrschten eigenen Gebieten häufiger mit einer Präferenz für sog. „rechtspopulistische“ Parteien einher. In Ungarn beläuft sich der Anteil der Grenzunzufriedenen unter den Anhängern der Fidesz z.B. auf 76%, während er unter denen anderer Parteien lediglich 60% ausmacht. Auch fast 60% der Parteigänger von Spaniens „Vox“ sowie deutlich über 50% derjenigen von Polens „Recht und Gerechtigkeit“ und Frankreichs „Nationaler Sammlung“ sind mit dem Umfang der heutigen Territorien ihrer Staaten nicht zufrieden. In der BRD bekennen sich laut der Pew-Studie immerhin 50% der mit der AfD sympathisierenden Befragten in ähnlicher Weise zum eigenen Kulturerbe. Dasselbe gilt aber auch für fast schon bemerkenswerte 26% der Anhänger anderer Parteien.

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung des Gastkommentars von Seite 2)

Angesichts dieser Zahlen besteht selbst in der gegenwärtigen Bundesrepublik in einer moralischen Hinterfragung der dem Land künstlich eingeschnittenen Grenzen und damit einhergehenden Bemühungen um eine Überwindung solcher Unrechtserscheinungen sowie eine Verbesserung der Situation deutscher Minderheiten in den heute zum Ausland zählenden altdeutschen Gebieten ein durchaus beachtenswertes politisches Potential. Zumindest für die AfD: Die etablierten Parteien haben die Menschenrechte des eigenen Volkes seit langem aus dem Repertoire ihrer Politik verbannt und können einen Wandel in dieser Frage mit ihrem jetzigen Personal daher auch nicht mehr glaubwürdig vertreten. Wenn sich die AfD also einerseits des Rückhalts bei einem Großteil ihrer bisherigen Wähler versichern und andererseits immerhin potentiell ein Viertel der in diesen Fragen moralisch nicht völlig korrumpierten bisherigen Unterstützer der Altparteien hierüber für sich gewinnen will, täte sie gut daran, das bis heute fortwirkende Unrecht von Annektionen und Vertreibungen, die lebendige Bewahrung des Kulturerbes der Vertreibungsgebiete auch in der BRD sowie die Unterstützung der in ihrer Heimat verbliebenen deutschen Minderheiten wieder zurück auf die politische Tagesordnung zu setzen. Diese Themen bilden einen zwar bisher von der Partei weithin verkannten, aber letztlich elementaren Bestandteil des für sie ja an sich konstitutiven Ziels einer Bewahrung der eigenen nationalen Kultur und stellen damit ein Pfund dar, dessen Umsetzung sich auch an den Wahlurnen bezahlt machen würde.

### Denkmalsturz und das Ende der Geschichte

In der Ausgabe vom 30. September 2020 der *Siebenbürgischen Zeitung* (SZ) erschien unter dem Titel „Denkmalsturz und Erinnerungskultur“ ein ausführliches Interview mit dem siebenbürgischen Mediävisten Dr. Konrad Gündisch über Denkmäler als *historische* Dokumente, die der Kontextualisierung bedürfen.

Wie in unserem Juli-Kurier angedeutet, gibt es zwischen Ungarn und dem EU-treuen Rumänien, dessen Präsident ein Siebenbürger Sachse ist, einen unsäglichen Streit um Erinnerungskultur auch um Siebenbürgen, bekannt auch unter Transsilvanien – dem Land hinter den (dunklen) Wäldern – dessen Verlust im Vertrag von Trianon die ungarischen Nationalisten bis heute nicht verwunden haben.

Erstaunlich ist, daß die bereits im Mittelalter als eine – der drei – „Nationen“ anerkannten Siebenbürger Sachsen der nicht gerade zimperlich agierenden „BLM-Bewegung“ aus den USA brauchen, um sich über die Sinnhaftigkeit und die Kontextualität von Denkmälern Gedanken zu machen, dies in einem Moment, wenn diese politisch nicht mehr gewollt sind und bestenfalls *nur* geschändet oder vom Sockel gestürzt werden.

Die ansonsten lesenswerten Sentenzen Dr. Gündischs geraten allerdings in eine ideologische Schiefelage, wenn der Interviewer, Christian Schoger, fragt:

„Können Sie sich vorstellen, dass eines Tages auch der Klimaaktivistin Greta Thunberg Denkmäler gesetzt werden?“

Darauf der Mediävist:

„Monumente spiegeln einen Zeitgeist. Unsere Zeit ist von der Sorge um die Folgen des Klimawandels geprägt, dem wohl auch die COVID-19-Pandemie zuzuschreiben ist. Insoweit wären Denkmäler für Greta Thunberg gerechtfertigt. Sie würden auch das eklatante Ungleichgewicht Frau-Mann in der Denkmalkultur zurechtrücken.

Der rückwärtsgewandte, egomane Trump verdient keineswegs ein Denkmal . . .“

Mein rumänischer Freund B.T. hätte kommentiert: „Dacă tăceai, filosof rãmâneai“ (frei in Anlehnung an Boethius: „Wenn Du geschwiegen hättest, wärst Du ein Philosoph geblieben“).

Gündischs Vorschlag, dem bekannten Gouverneur von Siebenbürgen, Samuel von Bruckenthal (1721-1803) ein Monument zu setzen, löste in der SZ eine ungewöhnliche Debatte rund ums *Denkmal* und die zu würdigenden siebenbürgischen Persönlichkeiten aus, die der ansonsten leserbriefscheuen Zeitung eine ganze Seite wert war.

Zumindest unter diesem Aspekt zeigt sich, daß „Transsilvanien“ in unserem Mitteleuropa *medienwirksam* angekommen ist.

Herbert Karl

## Ein Deutscher in Rumänien Bundesdeutscher wird in Temeswar zum Bürgermeister gewählt

von Dieter Michelbach M. A.

Mit Dominic Samuel Fritz (36) - aus Görwihl im Schwarzwald stammend - ist bei den Kommunalwahlen in Rumänien erstmals ein Bundesdeutscher zum Bürgermeister der Banater Hauptstadt Temeswar (Timisoara) gewählt worden. Davor war er Büroleiter des Altbundespräsidenten Horst Köhler in Berlin. Politik und Verwaltungswissenschaften studierte Dominic Samuel Fritz in Konstanz, Paris und York (Großbritannien). Er wuchs mit sieben Geschwistern auf, singt und dirigiert, spielt Klavier und Cello. Drei CDs mit selbst komponierter Chormusik veröffentlichte er. Der akzentfrei Rumänisch sprechende Dominic Samuel Fritz ist 2003 nach dem Abitur mit 19 Jahren im Rahmen eines einjährigen Freiwilligen-dienstes in einem Kinderheim der Caritas im Temeswarer Bezirk Freidorf mit dem Banat in Berührung gekommen. Basis dafür mag auch die historische Verbindung von Görwihl, dem Schwarzwalddorf im Hotzenwald, südlich von Freiburg sein, aus dem im 18. Jh. nahezu die halbe Dorfbevölkerung ins Banat auswanderte und sich in Saderlach (Kreis Arad) niederließen. Daher fand im Ort Görwihl das regelmäßige Saderlacher Treffen statt. Fritz faszinierte schon 2003 bei seiner Begegnung mit zwei alten Frauen in Saderlach die veraltete Form des Hotzenwälderisch-Dialektes als erlebte Geschichte.

Fritz, der seit 2015 in Temeswar eine Wohnung hat, einen Sozialverein mitbegründete und seit 2004 jedes Jahr mehrmals hinreist, setzte sich in einem internen Vorwahlverfahren gegen drei Gegenkandidaten der Partei der USR (die 2016 aus der Anti-Korruptions-Bewegung entstand), der "Union Rettet Rumänien" durch, da seit 2015 nach europäischen Recht und rumänischen Kommunalwahlrecht die Möglichkeit besteht, dass EU-Bürger bei Lokalwahlen auch für das Amt des Bürgermeisters kandidieren können. Fritz knüpft nach eigenen Angaben mit dieser Kandidatur an eine Vergangenheit dieser Stadt und der Banater Schwaben an, die Teil der Identität dieser Stadt seien und diese geprägt hätten. Bei einem Interview verdeutlichte er:

*"Generell ist mir diese Multikulturalität in Temeswar sehr wichtig, die Tatsache, dass hier unterschiedliche Minderheiten seit Jahrhunderten friedlich zusammenleben. Ich glaube tatsächlich, dass diese historische Erfahrung, aus der diese Stadt schöpft, im Grunde genommen auch relevant ist für Europa und wir eigentlich Europa eine Geschichte zu erzählen haben, die wichtig ist. Das erst mal ganz grundsätzlich. Es wäre unfair, würde ich sagen, dass ich die deutsche Minderheit bevorzugt behandle gegenüber den Ungarn oder den Serben oder den anderen Minderheiten. Aber ich glaube schon, dass wir bei den Deutschen das Spezifikum haben, dass nur noch sehr wenige Banater Schwaben hier sind. Das ist eine immer kleiner werdende Gemeinschaft, die deshalb sicher auch Unterstützung braucht [...]"* (Ein begeisterter Deutscher für Rumänien, Interview mit DW-Reporterin Lavinia Pitu, online unter (abgerufen am 22.10.2020): <https://www.dw.com/de/ein-begeisterter-deutscher-f%C3%BCr-rum%C3%A4nien/a-51049876>).



## ***Angeichts der sich aktuell verschärfenden Weltwirtschaftskrise wollen wir einen Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise (WWK) 1929 im Osten Europas werfen.***

### **Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern**

Teil 4:

Auf der Londoner Konferenz zur internationalen Kommerzialisierung des Weizens kam es im Mai 1931 zur Kraftprobe zwischen der USA, die argwöhnisch auf ihrer Meistbegünstigungsklausel bestand, und den europäischen Agrarstaaten.

Die angepeilte deutsch-österreichische Zollunion wiederum war sodann der *Katalysator* für neue französische Pläne, die im Prinzip Varianten der alten Europainitiative Briands aus dem September 1929 waren, die den Leerlauf in der Getreideproblematik voranbringen sollten: Mai 1931 entwarf André François-Poncet einen „plan constructif“. Dieser sah zweiseitige und präferenzielle Handelsabkommen zwischen einem getreideexportierendem und einem getreideimportierendem Donauland vor; es war die erste Durchlöcherung der Meistbegünstigungsklausel und ein Kompromissvorschlag, eine von der Krise gekennzeichnete Initiative: Auch damit sollte gegen das *deutsche wirtschaftliche Ausgreifen nach SO* ein Damm errichtet werden (Bariéty, in: Becker/Hildebrand, S. 368f.).

Anfang 1932 war die deutsche Regierung durch die anhaltende Wirtschaftskrise blockiert, Frankreich hingegen durch seine Regierungskrisen: Im Dezember 1930 wurde Tardieus 2. Regierung gestürzt, es folgte das Zwischenkabinett Laval. Am 20. Februar 1932 bildete Tardieu sein 3. Kabinett. Er sah sich, neben der Weltwirtschaftskrise, einer Menge von Hauptaufgaben gegenüber: Seit dem 2. Februar 1932 lief die Abrüstungskonferenz in Genf, „die unermeßliche Frage der zwischenstaatlichen Schulden“ – deutsche Reparationen und alliierte Kriegsschulden – war offen, das Hoover-Moratorium vom 1. Juni 1931 lief demnächst aus; Deutschland hatte sich bereits am 8. Januar 1932 außerstande erklärt, die Reparationszahlungen, in welcher Form auch immer, *wiederaufzunehmen*, bis die Krise nicht überwunden sei; am 23. Januar hatten sich die britische und die französische Regierung auf eine Konferenz geeinigt (diese sollte dann später in Lausanne stattfinden), um die Schuldenfrage zu diskutieren; zwischenzeitlich sollte man nach Auswegen aus der Krise suchen.

Verstärkt wurde diese durch die Notlage in den Donauländern . . .

*(Fortsetzung folgt)*

*Herbert Karl*

**Norbert von Handel: Europa neu denken, in: Nachdenken für Deutschland, 2. Aufl., 2019, S 55ff.**

*Eine Leseprobe*

„Der BREXIT ist nicht ein Haarriss im Gefüge der EU, sondern artikuliert das Unbehagen vieler Mitgliedsländer, Europa nicht als Vaterland der Vaterländer, sondern als Einheitsstaat zu planen . . . Viele fühlen, dass der Zement der Brüsseler Bürokratie ihnen den Raum zum Atmen nimmt.

Wesentlicher Auslöser dafür ist die Politik der deutschen Kanzlerin der letzten Jahre und dabei besonders die schrankenlose Öffnung für Immigranten aus völlig anderen Kulturen und aus anderen Weltteilen, die, so scheint es, zum Maßstab ihres Handelns geworden ist.

Hand in Hand damit geht der in der UNO vorbereitete globale Pakt zur Migration, der den menschenrechtlich verpflichtenden Schutz für Flüchtlinge auf alle Migranten, die ein besseres Leben in Europa finden wollen, ausdehnt. Politisch soll damit der grenzenlosen, unreflektierten Internationalisierung die Bahn geebnet werden. Diese baut auf den Ideen eine George Soros und seiner Gruppierung – und in Europa speziell des Kommissionspräsidenten Frans Timmermans, des Luxemburger Außenminister Jean Asselborn oder des

früheren belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt – auf . . . Das eigentliche Problem sind nicht einzelne Menschen und einzelne Religionen, sondern dass Massen von schlecht oder gar nicht ausgebildeten Flüchtlingen aus Nahost/Asien und Afrika kommen, die vielfach den Islam als Kampfmittel sehen, um unsere Gesellschaft zu zerstören, eine Gesellschaft, deren Geld sie zwar wollen, deren Regeln sie aber verachten . . .

Sogar Emmanuel Macron gab kürzlich . . . zu, dass Frankreich die Schlacht gegen den Drogenhandel und den zunehmenden Verfall in den 1500 (!) Brennpunktvierteln mit hohem muslimischen Anteil verloren hat . . .

Zurück zum BREXIT, der, wie gut oder schlecht er nunmehr verhandelt wird, ein Europa hinterlassen wird, das ein wesentliches Mitglied verliert. Großbritannien war zumindest noch eine minimale Kontrollfunktion wichtig, was die Verwendung von EU Geldern betrifft und was die Pflicht zur Verteidigung des Kontinents anlangt. Hier sei auf die völlig verfehlte Finanzierung eines failed state (Griechenland) hingewiesen, die, zusammen mit dem ungebremsten Ankauf von Ramschanleihen der EZB, eine Destabilisierung des Euro fördert.

Außerdem: wer sagt, dass das Problem Griechenland nun endgültig gelöst ist, belügt wissentlich die Öffentlichkeit . . .“

*Im nächsten „Kurier“ werden wir Norbert von Handels Ideen für ein „neues Europa“ anreißen*

*Die Redaktion.*





Thomas Hoof: Anhaltender Epochenwechsel, im: CATO Nr. 6 vom Oktober/ November 2020, S. 49ff.

### Eine Leseprobe

Hoofs Essay ist eine erweiterte und aktualisierte Fassung des Nachworts zur Neuausgabe des „Epochenwechsel“ von dem 2016 verstorbenen Historiker Rolf Peter Sieferle.

„Es ist [ . . . ] ein in jeder Hinsicht kraftstrotzendes [deutsches] Volk, das da am Anfang des 20. Jahrhunderts die Welt- und Weltwirtschaftsbühne betritt: Mit einer »Mischung von robuster Zeitgemäßheit, leistungsfähiger Fortgeschrittenheit und Vergangenheitstraum« (Thomas Mann) setzte es den Nervus rerum des sogenannten Westens in beträchtliche Erregung. Das Jahrhundert drohte zu einem deutschen zu werden.

Deutschland erschien im 20. Jahrhundert also in bester Verfassung, und doch hatte es mentale Vorbehalte gegen den Weltkapitalismus, in den es da eintrat, weil es spürte, daß das nicht der »eigene Weg« war. Max Scheler ist diesem Zwiespalt in seinem *Genius des Krieges und der Deutsche Krieg* nachgegangen. Die deutsche Opposition hatte tiefreichende Wurzeln:

1. Der »Vergangenheitstraum«, den Thomas Mann oben anspricht, war kein sentimentales, schemenhaftes Trugbild, sondern ein lebendiges Gefühl: Die deutsche Separierung, der berühmte »Sonderweg«, begann im 13. Jahrhundert, wo er sich im Gegensatz der Ghibellinen und Guelfen zum ersten Mal abzeichnete. Was sich da gegeneinanderstellte, waren nicht nur die Parteien des Kaisers und des Papstes, der Stauer und der Welfen, sondern im Kern die überkommene hochmittelalterliche Formation aus »Reich, Adel, Stände« auf der einen und die aufkommende, frühmoderne aus »Zentralstaat, Kaufmannschaft, Geldwirtschaft« auf der anderen Seite. Johannes Barnick sagt zu Recht, daß Deutschland an dieser Weggabelung keinen Sonderweg eingeschlagen habe, sondern nur geradeaus gegangen sei, während seine Nachbarn abbogen, ihren Richelieus und Cromwells, ihren Staatsapparaten und stehenden Heeren entgegen. Noch über Jahrhunderte wurde Deutschland von einer »Reichstümmlichkeit«, der Vielgliedrigkeit seiner ständischen Korporationen, der Mannigfaltigkeit seiner Territorien und Lehen und einer altfränkischen, unkodifizierten, aber alltagswirksamen Sittlichkeit, kurz von einer ghibellinischen Atmosphäre getragen und geprägt. Dazu trat dann – durch Luther befestigt – ein Verständnis von Arbeit als einem Mittun an der Schöpfung und als einer Handreichung zu ihrer Vollkommenheit, deren Lohn in der »Gelungenheit« liege – ein himmelweiter Unterschied zu der Peitschenökonomie im Osten und der Wikingerökonomie im Westen, wie sich nicht zuletzt an den deutschen Aussiedlern zeigt. Überall auf der Welt ließen sie sich nieder: im Baltikum, an der Wolga, am Schwarzen Meer, in Sibirien, in den Karpatenländern, in Ägypten, den USA, in Peru und Brasilien, und überall, wo sie erschienen, begründeten sie eine lokale deutsche Kultur, landbaulich, städtebaulich, schulisch . . . Und überall waren sie »Wirte«, die etwas gaben und dazutaten, völlig frei von parasitären Gelüsten.

2. Die spätromantische, in Deutschland geradezu mentalitäts- und identitätsbildende Staats- und Gesellschaftsphilosophie etwa eines Adam Müller. Das Axiom dieser Philosophie: Jedes Volk und seine Kultur ist gewachsen, es ist ein morphologisches Phänomen der Gestaltbildung und folgt organischen Aufbau- und Entwicklungsprinzipien. Auch der Staat wächst durch solche gestaltbildenden Kräfte aus einem kulturellen Humus heraus. Das war natürlich die richtige Idee für ein Volk, bei dem ein Einheitsgefühl nicht aus der formalen Zusammengehörigkeit zu einer Nation, sondern, später als bei den anderen und gerade umgekehrt, die Nation aus dem Zusammengehörigkeits- und Einheitsgefühl erwuchs. Auch der heutige Ethnopluralismus ist ein spätes Echo der deutschen Romantik. Diese Haltung selbst ist ihrem Wesen nach »antihegemonial«, weil sie Nationen als »Gestalten« der Völker sieht und nicht als ausräumbare Lagerstätten aufstapelbarer Wirtschaftsgüter. Die Botschaft eines so gestimmten Volkes an die Nachbarn ist immer: »Laßt uns unsere Eigenarten! Wir achten auch die euren. Laßt uns in Ruhe!«

Das war die Lage unter der Großgewitterfront im August 1914. Der Erste Weltkrieg begann. Er wäre im Winter 1916 mit einem deutschen Sieg und dem Friedensangebot der Mittelmächte zu Ende gewesen. Dann brach ein Expeditionskorps der USA mit einer Million Soldaten nach Europa auf. Die deutsche Westfront hielt auch dieser alliierten Verstärkung stand. So endete der Krieg in allgemeiner Erschöpfung erst 1918 nach einem moderaten Friedensplan des US-Präsidenten. Es folgte der Versailler Vertrag, den Gregory Bateson »einen der größten Ruchfälle in der Geschichte unserer Zivilisation« nannte, der »unvermeidlich zum Zweiten Weltkrieg« und zur »vollkommenen Demoralisierung« sowohl der Deutschen als auch der Alliierten führte . . .“

*Eine Leseprobe*

*In drei Personen-Skizzen zu Thomas Mann, Ernst Toller und Daniel Cohn-Bendit geht der Autor, Student der Germanistik, Geschichte und Philosophie, stellv. Vorsitzender der Bundesvereinigung der Juden in der AfD, der Frage nach: „Wie kommt es, daß man Antisemitismus notfalls herbeiphantasiert, um ihn an anderer Stelle aber diskret beschweigt?“*

*Zu Thomas Mann:*

„Die erste größere Arbeit, die Thomas Manns Antisemitismus »aufarbeiten« wollte, entstand 1998 nicht zufällig an dem von Wolfgang Benz geleiteten Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin . . .

Ein Forscher, der sich den »Antisemitismus des Gesamtwerks« von Thomas Mann zum Gegenstand seines Lebenswerks erwählt hat, ist der 1960 geboren und in Bern lehrende Germanist Yahya Elsaghe. Elsaghe will jedweden »in seiner Ahnungslosigkeit und Naivität, seiner Komplizenschaft mit dem Autor geradezu symptomatischen« Aufsatz der Thomas-Mann-Forschung aufspüren und widerlegen. Dabei scheint er sich weniger als Forscher denn vielmehr als Kämpfer für die von seiten einer feindlichen Übermacht schmäherlich unterdrückte Wahrheit zu verstehen . . . Daß eine Ansichten just in einem Jahr, da diese Lamentationen [in einem gegen ihn gerichteten Leserbrief des Zürcher *Tage-Anzeiger*] gedruckt wurden, im neuen Thomas-Mann-Handbuch erschienen waren, unter schlug er allerdings geflissentlich . . .“

*Zu Ernst Toller:*

„Toller [geboren 1893 im heute polnischen Samotschin (Szamocin) „zählt zu den Expressionisten, jenen vor allem zwischen 1885 und 1895 geborenen Autoren, unter denen der Anteil an Juden wohl so hoch war wie in keiner anderen Künstlergeneration“] reduzierte mithin jüdische Mitmenschen auf ihr Judentum, wenn sie sich nicht so verhielten, wie er es von ihnen erwartete. Um so mehr er staunt, daß Toller selbst es [in seiner Autobiographie *Eine Jugend in Deutschland* (1933)] als beleidigend empfand, auf seine Herkunft hingewiesen zu werden . . .

Die beiden vorliegenden Toller-Biographien berühren diesen Themenkomplex mit keinem Wort . . . es zudem offenkundig ist, daß Toller die Zugehörigkeit zum Judentum für einen Makel und die Kenntlichmachung als Jude für eine Bestrafung anzusehen schien . . . Und darin liegt nun der hauptsächliche Unterschied zwischen ihm und Thomas Mann, denn letzterer schätzte die Andersartigkeit des Judentums und hatte deswegen keinen Grund, sie zu verleugnen . . . Was die Antisemitismus-Schnüffler in der Thomas-Mann-Forschung ihrem Gegenstand übelnehmen, ist keine Abneigung gegen das Judentum . . . Was sie ihm recht eigentlich zum Vorwurf machen, ist, daß er zwischen Juden und Nichtjuden unterschied. Für einen überzeugten Multikulturalisten stellt bereits das eine kaum wiedergutzumachende Sünde dar.“

*Zu Daniel Cohn-Bendit:*

„Inzwischen ist der ehemalige Hausbesetzer wie die meisten Steinwerfer, die an seiner Seite rebellierten, zu Wohlstand gelangt und präsentiert sich gern im Ralph-Lauren-Hemd . . . [seine heutige] Versöhnlichkeit gründet vielmehr darin, daß seine Positionen zumindest in Westeuropa längst mehrheitsfähig sind . . .

Im folgenden soll es nicht um den Politiker, sondern um den Juden Cohn-Bendit gehen, denn sein im Juni in Frankreich ausgestrahlter autobiographischer Dokumentarfilm *Nous sommes tous juifs allemands* (*Wir alle sind deutsche Juden*) rückt die Frage nach seiner jüdischen Identität in den Vordergrund . . .

Cohn-Bendit ist sich immerhin bewußt, kein guter Jude zu sein. Er bedauert, daß er erst spät begann, sich als Jude zu identifizieren . . .

Die bislang einzigen deutschen Besprechungen des Films sind beide in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen; eine davon unter dem Titel »Israelkritik in Israel«: der Film diente hier als dankbarer Anlaß, die eigene Aversion gegen den jüdischen Staat auszu leben. Am 6. September 2020 wurde der Film mit deutschen Untertiteln von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt aufgeführt, also ausgerechnet jener Gemeinde, die Dany seinerzeit diskreditierte . . .“

## Erinnern

### Erinnerung an Adam Müller-Guttenbrunn

Teil 5

von Dieter Michelbach M. A.

Adam Müller-Guttenbrunn (AMG) legt – wie er es im Vorwort schildert – zum Bestands-Jubiläum des Ungarischen Nationalstaates eine Reihe von gesammelten Schilderungen der Deutschen in Ungarn vor. Müller-Guttenbrunn charakterisiert hiermit, wie er es formuliert, seine deutsche Heimat als Banater Schwabe und beschreibt darin die "maßgebenden Völker [...], die Deutschen, die Rumänen und die Serben." (Adam Müller-Guttenbrunn: Deutsche Kulturbilder aus Ungarn, Leipzig, Verlag von Georg Heinrich Meyer 1896, Vorwort). Das Kernthema der Schilderung, das Bekenntnis zum Deutschen ist Müller-Guttenbrunn wichtig:

*"Künftig soll der Deutsche, sofern er will, auch in der Fremde ein Deutscher, ja ein Angehöriger des deutschen Reiches bleiben können. [...] Seit sieben Jahrhunderten trotzen die Niederdeutschen in Siebenbürgen dem Ansturm der sie umwohnenden Völkerschaften, und im Banat ist aus kleinen Anfängen allmähig eine der mächtigsten Colonien der Deutschen entstanden" (S. 3-4).*

Dennoch verweist er auf die kulturelle Vielfalt im Banat:

*"Es gibt wohl kein Land der Erde, - Amerika nicht ausgenommen - in welchem auf einer gleich kleinen Fläche so viele und so verschiedenartige Volksstämme unter- und nebeneinander Leben, als wie dies vor einem Jahrhundert noch im Banat. [...] Wir sehen Deutsche aus allen Gauen des "heiligen Römischen Reiches", Griechen aus Mazedonien und von den Inseln de Aegeischen Meeres, Franzosen und französirte Deutsche aus dem Elsaß, Italiener, spanische Juden und Vollblutspanier aus Biscaya [...]" (S. 6-7).*

Müller-Guttenbrunn deutet aus seiner zeitlichen Perspektive einen "Lösungsansatz" an:

*"Daß den Magyaren die Führung in Ungarn gebührt, ist zweifellos; daß diese Führung denkbar ist bei der größten Gerechtigkeit gegenüber allen anderen Volks-Individualitäten, ist gewiß. Aber Ungarn ein ausschließlich magyarisches Gepräge geben zu wollen, ist ein politischer Wahnsinn, der über kurz oder lang zu unabsehbaren inneren Kämpfen, zum Abgrund führen muß. [...] Nur staatskluge Einsicht, nur Achtung vor den bestehen-den Gesetzen, nur Duldsamkeit gegen die anderen ungarländischen Völker kann die Herrschaft der Magyaren in Ungarn für die Zukunft sichern" (S. 183).*

Die Aspekte Migration und kultureller Identität waren 1896, als Müller-Guttenbrunn das Buch herausbrachte, so aktuell wie heute nun in der Gegenwart.

*(Fortsetzung folgt)*

### Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten

Teil 6

Der noch vom Kaiserreich, das sich nach dem Brest-Litowsker Frieden in schweren Kämpfen im Westen befand, erteilte für zehn Jahre gültige »Schutzbrief« war das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben stand. Die Abwanderung der Deutschen aus Rußland allgemein und aus dem Wolgagebiet im Besonderen konnte nicht gestoppt werden.

Das vom russischen Bürgerkrieg verursachte Chaos ließ eine nachhaltige Landbewirtschaftung nicht zu; der damit einhergehende Sittenverfall bewirkte für die tiefgläubigen Kolonisten den Rest. So wurde

*„das prächtige Palais »Rotes Gasthaus« im Moskauer Stadtzentrum, in dem man der reichsdeutschen Botschaft ihren Sitz zugewiesen hatte, zur ersten Adresse für beleidigte Deutsche, und der Gesandte Graf von Mirbach wurde zu ihrem Hoffnungsträger“ (Dalos, S. 91)*

für alle Ausreisewillige. – Diese Bilder werden typisch für die gesamte Lebensdauer des sowjetischen Imperiums und seiner kommunistischen Satelliten sein.

*(Fortsetzung auf Seite 9)*



(Fortsetzung von Seite 8)

Botschafter von Mirbach befand sich in einer Zwickmühle:

*„Einerseits bestand seine Aufgabe darin, Lenins Regierung als einzig möglichen Garanten des Friedens an der Ostfront mit massiven Finanzspritzen über Wasser zu halten, andererseits traf er Vorkehrungen zum Schutz der Zarenfamilie, insbesondere für Nikolais Gattin, eine[r] deutschen Fürstin, und nicht zuletzt suchte er für den Fall des eventuellen Sturzes der Bolschewiki Partner unter deren Gegnern“ (Dalos, S. 92).*

Diese Lage überlebte Wilhelm Graf von Mirbach nicht: Am 6. Juli 1918 wurde er von „linken Sozialrevolutionären“ vor der Botschaft erschossen; die beiden Attentäter waren Mitglieder der kürzlich von Felix Dzeržinski – dessen Name später in der DDR für den Namen des Stasi-Wachbataillons erhalten mußte – gegründeten Tscheka (Dalos, S. 304, Anm. 15).

Entsprechend widersprüchlich war die Politik des Reiches gegenüber den Rußlanddeutschen: Einerseits wollte man das »unverdorbene, kinderreiche Deutschtum« bei deren Rückwanderung unterstützen und rechnete mit deren Arbeitskraft, andererseits sah man schon die Problematik der rückkehrenden Frontsoldaten und das zu erwartende Elend der Nachkriegszeit aufziehen; so „war es für die Herrschenden an der Spree besser, wenn die Kolonisten an der Wolga, an Don und Dnjepr blieben“ (Dalos, S. 92).

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

### **VLÖ: Einladung zum ökumenischen Gedenkgottesdienst der Heimatvertriebenen mit Totengedenken am Samstag, den 31. Oktober 2020, 11 Uhr, Augustinerkirche**

*„75 Jahre nach der Vertreibung: Gedenken und Gedanken, Wahrheit und Versöhnung“*

Zu einem **ökumenischen Gedenkgottesdienst der Heimatvertriebenen mit Totengedenken** laden die Verantwortlichen des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften (VLÖ) am **Samstag, den 31. Oktober 2020, 11 Uhr, in die Augustinerkirche (Augustinerstraße 3, 1010 Wien)** ein.

*„75 Jahre nach der Vertreibung und ‚70 Jahre Charta der Heimatvertriebenen‘ sind Anlass genug, um an die damaligen Geschehnisse zu erinnern und der abertausenden Opfer würdig im kirchlichen Rahmen versöhnlich zu gedenken“, weist VLÖ-Präsident Norbert K. Kapeller gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen im VLÖ-Vorstand auf diesen Gedenkgottesdienst hin und lädt Heimatvertriebene und deren Nachkommen zu diesem feierlichen Gedenkgottesdienst ein.*

„Mein herzliches Dankeschön ergeht bereits vorab an unseren Hauptzelebranten **Militärerzdekan Dr. Harald Tripp** sowie an **Domdekan Prälat Karl Rühringer, Univ.-Prof. Dr. Karl Schwarz, Mag. Dr. Univ.-Prof. Ernst Hofhansl** und **Pfarrer P. Mag. Matthias Schlögl** für deren Mitwirkung und Organisation im Vorfeld“, bedankt sich Kapeller ebenso wie bei den VLÖ-Vizepräsidenten **Gerhard Zeihsel** und **Ing. Dieter Lütze**.

„In für uns alle herausfordernden Zeiten ist es natürlich ein Gebot der Stunde, dass sich alle Gottesdienstteilnehmer an die Covid19-Richtlinien bzw. Infektionsschutzmaßnahmen in der Kirche halten, wobei auf die **Händedesinfektion bei der aufgestellten Hygienesäule** und natürlich auch auf die **Einhaltung der Mindestabstände (gekennzeichnete Sitzplätze)** hingewiesen wird und **insbesondere das Tragen eines geeigneten Mund-Nasenschutzes während des gesamten Gottesdienstes verpflichtend ist**“, weist Kapeller auf die [gültigen Bestimmungen](#) (Rahmenordnung der Österreichischen Bischofskonferenz zur Feier öffentlicher Gottesdienste) abschließend hin.

**Harald HARTL**

**VLÖ-Sekretariat**



**Diskriminierung deutscher Minderheiten**  
**Netzfund 25. November 2014**

„Die Art der medialen Berichterstattung über den Wahlsieg von Klaus Johanns in Rumänien hat neuerlich gezeigt, dass vor allem Angehörige von deutschen Minderheiten in der Bezeichnung ihrer ethnischen Identität und Abstammung diskriminiert werden. Für sie wird vornehmlich das pejorative Attribut „deutschsprachig“ verwendet, wodurch ihre ethnische Abstammung verleugnet wird. Aus einem Siebenbürger Sachsen wird so ein deutschsprachiger Rumäne. „Einer solchen Entwicklung muss entgegen gesteuert werden, weil die Angehörigen einer deutschen Minderheit in ihren Heimatländern sehr wohl teils in der Verfassung oder in der nationalen Minderheitengesetzgebung als Deutsche bezeichnet werden und als solche auch Minderheitenrechte beanspruchen können“, meint DWA-Präsident Peter Wassertheurer. Freilich bilden EU-Mitgliedsländer wie Slowenien eine unrühmliche Ausnahme, ohne dass sich in Brüssel, Berlin oder Wien jemand daran stört! Außerdem sei, so Wassertheurer weiter, zu berücksichtigen, dass über 14 Millionen Angehörige der heute noch als Reste in den Ländern Ostmittel-, Südost- und Osteuropas lebenden Deutschen 1945 als Deutsche vertrieben, als Deutsche verfolgt und schließlich als Deutsche entschädigungslos enteignet wurden. Wassertheurer fordert daher vor allem von den etablierten Medien in Deutschland und Österreich ein Ende der sprachlichen Diskriminierung von Deutschen, die als Angehörige einer deutschen Volksgruppe außerhalb der Grenzen Deutschlands leben. „Schließlich schreibt man ja auch von den Burgenlandkroaten oder den Slowenen in Kärnten, um so ihrer ethnischen und kulturellen Identität gerecht zu werden“, meint Wassertheurer.“

**HOH(L)SPIEGEL:**

Jorge Giessler: „Gruss aus Odessa. Besuche hier jetzt die Minderheit. Ähnliche Probleme wie in Schlesien. Auch verknöcherte Strukturen und unklare Geldverteilung der Merkelisten. Diese Gruppe der Minderheit denkt wie wir und singt hier Deutsches Liedgut“

**Bildnachweis:**

Alle Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder offiziellen AfD-Seiten.

HK

<https://germanworldalliance.org/2014/11/25/diskriminierung-durch-sprachliche-verklaerung-der-ethnischen-abstammung-dwa-fordert-von-medien-mehr-sensibilitaet-und-weniger-diskriminierung/>



**Prof. Alfred M. de Zayas**  
 Desiderius Erasmus Stiftung  
 Vortrag: Die Vertreibung der Deutschen unter dem Aspekt des Völkerrechts

Der Vortrag von Alfred Zayas ist abrufbar auf der Seite der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung

**Buchempfehlung**



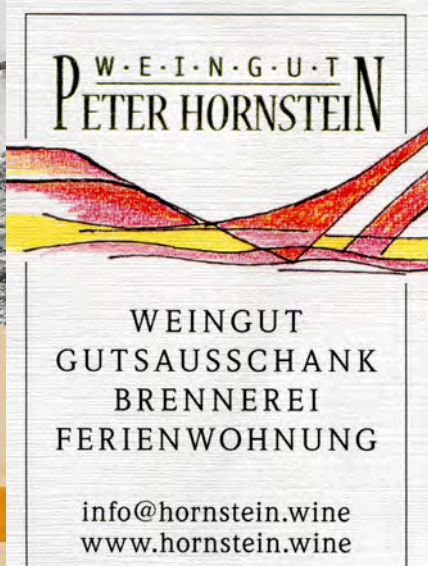
**RUSSLANDDEUTSCHE**  
**Geschichte und Gegenwart**  
 Zeitszeugen erzählen über Heimat, Migration und Engagement

Elena Denisova-Schmidt

De-wach | Nissisch

**ibidem**  
 Schöner | 1

**Weinempfehlung**



Sonnenbichlstr. 5 · D-88149 Nonnenhorn  
 Telefon +49 83 82 - 88 75 70 · Fax 88 75 58

**Impressum**

SPRECHER Herbert Karl:  
 0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:  
 0176 82072670

STELLV. SPRECHER :  
 Martina Kempf  
 Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:  
 Grösselbergstr. 7  
 75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I  
 BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65  
**www.vadm-afd.de**

E-Mail:  
**kontakt@vadm-afd.de**